

Antrag 24/I/2023**SPDqueer Berlin Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Sicheres Wohnen für queere Menschen in landeseigenen Wohnungen**

1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin und die
 2 SPD-Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert
 3 in enger Zusammenarbeit mit Vertreter*innen der Zivilge-
 4 sellschaft, insb. im Bereich queerer Wohnhilfe tätigen In-
 5 itiativen, langfristige Kooperationen für queeres Wohnen
 6 in den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften einzu-
 7 richten und so insbesondere die Zahl der Notwohnungen
 8 zu erhöhen. So sollen explizit Wohnungen für die Be-
 9 legung durch von queeren Initiativen betreute Menschen
 10 bereitgehalten werden. Diese Möglichkeit soll in allen Ber-
 11 liner Bezirken bestehen und sowohl kurzfristige Notwoh-
 12 nungen als auch langfristige Wohnverhältnisse beinhal-
 13 ten.

14

- 15 • Gemeinsam mit den o.g. Initiativen sollen Anzahl
 16 und Kriterien für die Bereitstellung und Vergabe der
 17 vorgehaltenen Kontingente erarbeitet, ebenso wie
 18 ein Turnus, in welchem diese Kriterien evaluiert wer-
 19 den, festgelegt werden.
- 20 • Die Vergabe muss bürokratiearm und insb. bei Not-
 21 fällen zügig erfolgen. Eine aktuelle Übersicht über
 22 freie Plätze soll von den Bezirksamtern, sowie durch
 23 relevante Träger und Initiativen jederzeit einsehbar
 24 sein.
- 25 • Gleichzeitig werden alle relevanten Akteur*innen
 26 der Wohnhilfe durch Fortbildungsmaßnahmen in
 27 der Arbeit mit queeren Menschen geschult und In-
 28 formationsmaterialien für queere Menschen erar-
 29 beitet und zur Verfügung gestellt.

30

31

32

Begründung

34 Queere Menschen sind von der Wohnungskrise in Ber-
 35 lin außergewöhnlich betroffen. Sie erfahren bei der Woh-
 36 nungssuche oft Diskriminierung und sind ebenfalls au-
 37 ßergewöhnlich armutsbetroffen. Insbesondere queere Ju-
 38 gendliche, die Gewalt und Diskriminierung erfahren,
 39 brauchen neben Beratung auch oft Notfallwohnungen,
 40 wenn sie in ihrer bisherigen Wohnsituation nicht verblei-
 41 ben können. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Not-
 42 wohnungen für queere Menschen ist in Berlin aber deut-
 43 lich zu gering. Initiativen der queeren Wohnhilfe berichten
 44 außerdem, dass die Zusammenarbeit mit den landeseige-
 45 nen

46

47 Wohnungsbaugesellschaften immer schwieriger gewor-
 48 den ist. Durch die in diesem Antrag geforderte konzer-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Sicheres Wohnen für queere Menschen in landeseigenen Wohnungen**

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin und die
 SPD-Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert
 in enger Zusammenarbeit mit Vertreter*innen der Zivilge-
 sellschaft, insb. im Bereich queerer Wohnhilfe tätigen In-
 itiativen, langfristige Kooperationen für queeres Wohnen
 im geschützten Marktsegment des Landes Berlin einzu-
 richten.

So sollen auch Wohnungen für die Belegung durch von
 queeren Initiativen betreute Menschen in Notfällen be-
 reitgehalten werden auch für queere Menschen mit Be-
 einträchtigung. Diese Möglichkeit soll in allen Berliner Be-
 zirken bestehen und sowohl kurzfristige Notwohnungen
 als auch langfristige Wohnverhältnisse beinhalten.

- Gemeinsam mit den o.g. Initiativen sollen Anzahl
 und Kriterien für die Bereitstellung und Vergabe der
 vorgehaltenen Kontingente erarbeitet, ebenso wie
 ein Turnus, in welchem diese Kriterien evaluiert wer-
 den, festgelegt werden.
- **Dabei muss auch ein Sicherheitskonzept zum
 Schutz queerer Menschen erarbeitet werden.**
- Die Vergabe muss bürokratiearm und insb. bei Not-
 fällen zügig erfolgen. Eine aktuelle Übersicht über
 freie Plätze soll von den Bezirksamtern, sowie durch
 relevante Träger und Initiativen jederzeit einsehbar
 sein.
- Gleichzeitig werden alle relevanten Akteur*innen
 der Wohnhilfe durch Fortbildungsmaßnahmen in
 der Arbeit mit queeren Menschen geschult und In-
 formationsmaterialien für queere Menschen erar-
 beitet und zur Verfügung gestellt.
- Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin und
 die SPD-Mitglieder des Berliner Senats werden auf-
 gefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, be-
 sonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen wie z.B.
 junge Familien mit Kindern, alleinerziehende Frau-
 en und queere Menschen mit Priorität bezahlbaren
 Wohnraum zur Verfügung gestellt wird.

49 tierte Aktion von Senat, Abgeordnetenhaus und Zivilge-
50 sellschaft soll diesem dramatischen Mangel kraftvoll und
51 nachhaltig begegnet werden.